

Antragsbereich S / Antrag S3

AntragstellerInnen: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern

Empfänger: Bundesvorstand

Landesvorstand Landtagsfraktion Bundesvorstand Die zuständigen sozialdemokratischen Bundesminister

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in der Version der Antragskommission

S3: Bessere Teilhabe und Barrierefreiheit im Gesundheitswesen

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern fordert den Landesvorstand der BayernSPD, die Landtagsfraktion der BayernSPD, die Bundestagsfraktion der SPD, den Bundesvorstand der SPD sowie die auf, Maßnahmen zu ergreifen, um

- die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten in Bayern und allen anderen Bundesländern, insbesondere für Frauen mit Behinderungen und in ländlichen Gebieten, ohne Diskriminierung zu gewährleisten, in dem Barrieren ermittelt und beseitigt und barrierefreie medizinische Ausrüstung bereitgestellt wird;

- zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen weite Strecken zurücklegen müssen, um barrierefreie medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen;

- zu verhindern, dass Menschen mit psychosozialen Behinderungen, Menschen mit geistiger Behinderung sowie gehörlose und schwerhörige Personen aufgrund der mangelnden Ausbildung und des oft diskriminierenden Ansatzes von Angehörigen der Gesundheitsberufe mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung erhalten;

- die Mechanismen für die regelmäßige

Die BayernSPD setzt sich dafür ein, Maßnahmen zu ergreifen, um:

- die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten in Bayern und allen anderen Bundesländern, insbesondere für Frauen mit Behinderungen und in ländlichen Gebieten, ohne Diskriminierung zu gewährleisten, in dem Barrieren ermittelt und beseitigt und barrierefreie medizinische Ausrüstung bereitgestellt wird;

- zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen weite Strecken zurücklegen müssen, um barrierefreie medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen;

- zu verhindern, dass Menschen mit psychosozialen Behinderungen, Menschen mit geistiger Behinderung sowie gehörlose und schwerhörige Personen aufgrund der mangelnden Ausbildung und des oft diskriminierenden Ansatzes von Angehörigen der Gesundheitsberufe mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung erhalten;

- die Mechanismen für die regelmäßige Schulung von Angehörigen der Gesundheitsberufe in Bezug auf Menschenrechte, Würde, Autonomie und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden

- Schulung von Angehörigen der Gesundheitsberufe in Bezug auf Menschenrechte, Würde, Autonomie und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden und Pflichtbestandteil jeder medizinischen und pflegerischen Ausbildung werden
- 35
- 40 - die Durchsetzung der Vorschriften über den rechtlichen Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung im Gesundheitswesen und die Festlegung standardisierter Protokolle für die Bereitstellung
- 45 medizinischer Informationen an Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und damit ihre freie und informierte Zustimmung zu medizinischen Eingriffen zu ermöglichen bzw. zu verbessern
- 50

Begründung

- Unser Gesundheitssystem ist für viele Menschen mit Behinderung oft nicht barrierefrei. Die mangelnde Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf bauliche Barrieren, sondern sehr oft auch auf die mangelnden Kenntnisse des medizinischen oder pflegerischen Personals im Umgang mit Menschen mit Behinderung. Dabei bleiben die Menschenwürde und Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung häufig auf der Strecke. Besonders Frauen und Mädchen mit Behinderung, Menschen mit psychosozialen Behinderungen, Menschen mit geistiger Behinderung, gehörlose und schwerhörige Personen, sehbehinderte oder blinde Menschen, Contergangeschädigte, kleinwüchsige oder amputierte Menschen u.v.a.m. können haben mit der Unwissenheit, mit Ignoranz, Intoleranz und Respektlosigkeit im Gesundheitswesen zu kämpfen.
- 55
- 60
- 65
- 70

und Pflichtbestandteil jeder medizinischen und pflegerischen Ausbildung werden

- die Durchsetzung der Vorschriften über den rechtlichen Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung im Gesundheitswesen und die Festlegung standardisierter Protokolle für die Bereitstellung medizinischer Informationen an Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und damit ihre freie und informierte Zustimmung zu medizinischen Eingriffen zu ermöglichen bzw. zu verbessern. Die BayernSPD fordert BundesSPD und Bundesregierung auf, entsprechend zu handeln.